



## Zusammenfassung:

Mit Beschluss der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019 wurde die Verwaltung gemäß Antrag Nr. 14/311 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beauftragt, parallel zur Umsetzung des AG-BTHG an vier Standorten im Rheinland zusammen mit freien Trägern und Selbsthilfegruppen das Modellprojekt „Eltern beraten Eltern“ umzusetzen. Im Rahmen des Prüfauftrages wurde dieser Antrag durch die Verwaltung so bewertet, dass der Fokus auf Eltern von minderjährigen Kindern mit Behinderung liegt.

Unter Federführung des Dezernats Soziales und Beteiligung des LVR-Dezernats Kinder, Jugend und Familie, des LVR-Dezernats Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung sowie des LVR-Dezernats Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen wurden durch halbstrukturierte<sup>1</sup> Interviews mit verschiedenen Expert\*innen<sup>2</sup> Erkenntnisse dazu gewonnen, ob ein Eltern-Peer-Beratungsansatz für die Eltern minderjähriger Kinder mit Behinderung das regionale Beratungsangebot sinnvoll erweitern würde.

Eltern von behinderten Kindern haben vielfach ähnliche Erfahrungen gesammelt – sie bieten dadurch anderen ratsuchenden Eltern eine Identifikationsmöglichkeit und Orientierung. Die vergleichbaren Erfahrungen können eine emotionale Verbindung zwischen den ratsuchenden Eltern und den Peer-Beratungseltern entstehen lassen, die dazu beitragen kann, dass ggf. leichter gute und konstruktive Lösungen für das behinderte Kind und die Familie gefunden werden. Eltern-Peer-Beratung kann von daher professionelle Beratungsangebote bereichern und Familien dabei unterstützen, Empowerment-Strategien und Bewältigungsansätze zu entwickeln.

Aktuell gibt es im Rheinland bereits vielfältige professionelle Beratungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderung. Diese werden durch Angebote von Selbsthilfeorganisationen ergänzt. Dabei besteht für die Vernetzung von professioneller Beratung und Selbsthilfe in vielen Regionen noch ein Entwicklungsbedarf.

Einen besonderen, noch nicht gedeckten Bedarf sehen die Interviewten vor allem bei der Gruppe der „jungen“ Eltern von Kindern mit Behinderung, d.h. denjenigen, die gerade erst erfahren haben, dass ihr Kind eine Behinderung bzw. gravierende Gesundheitsstörung aufweist. Gerade für diese Zielgruppe wurde von den Interviewten der Aufbau einer Eltern-Peer-Beratung befürwortet. Diese sollte in Kooperation mit einem professionellen Beratungs- und Unterstützungsangebot entwickelt werden und andere bereits bestehende regionale Fachberatungen und Selbsthilfeinitiativen einbeziehen. Der LVR wird diesen Ansatz bei der Fortentwicklung der 106er-Beratung und der KoKoBe berücksichtigen.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtungen Z1 (Die Partizipation von Menschen mit Behinderung im LVR ausgestalten) sowie Z2 (Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln) des LVR Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

<sup>1</sup> Dem halbstrukturierten Interview liegt im Gegensatz zum freien Interview ein festes Frageschema zugrunde - der genaue Wortlaut und die Reihenfolge der Fragen sind, anders als im strukturierten Interview, jedoch nicht verbindlich.

<sup>2</sup> Mit der Verwendung des Gender\*Sterns möchten wir alle Menschen ansprechen, selbstverständlich auch diejenigen, die sich nicht in die Geschlechterkategorien „weiblich“ und „männlich“ einordnen können oder möchten.

## **Begründung der Vorlage Nr. 15/575**

### **Beantwortung des Prüfauftrages zum Antrag Nr. 14/311 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Eltern beraten Eltern“**

#### Inhalt

1. Einführung.....	2
2. Vorgehen und Ergebnis der Prüfung des Antrages Nr. 14/311: Eltern beraten Eltern 2	
2.1 Interviewdesign .....	3
2.2 Gesamtauswertung der Daten.....	5
3. Zusammenfassung und Fazit der Befragungen.....	8

#### **1. Einführung**

Mit Beschluss der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019 wurde die Verwaltung gemäß Antrag Nr. 14/311 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beauftragt, parallel zur Umsetzung des AG-BTHG an vier Standorten im Rheinland zusammen mit freien Trägern und Selbsthilfegruppen das Modellprojekt „Eltern beraten Eltern“ umzusetzen. Im Rahmen des Prüfauftrages wurde dieser Antrag durch die Verwaltung so bewertet, dass der Fokus auf Eltern von minderjährigen Kindern mit Behinderung liegt.

Unter Federführung des Dezernats Soziales und Beteiligung des LVR-Dezernats Kinder, Jugend und Familie, des LVR-Dezernats Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung sowie des LVR-Dezernats Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen wurden durch halbstrukturierte Interviews mit verschiedenen Expert\*innen Erkenntnisse dazu gewonnen, ob ein Eltern-Peer-Beratungsansatz für die Eltern minderjähriger Kinder mit Behinderung das regionale Beratungsangebot sinnvoll erweitern würde. Das Vorgehen und das Ergebnis werden im Folgenden dargestellt.

#### **2. Vorgehen und Ergebnis der Prüfung des Antrages Nr. 14/311: Eltern beraten Eltern**

Zur Bearbeitung der Fragestellung wurden verschiedene Protagonist\*innen vor Ort in den 26 Mitgliedskörperschaften zum Thema „Eltern beraten Eltern“ befragt. Es wurden Interviewpartner\*innen aus der Selbsthilfe, aus der professionellen Beratungslandschaft, aus dem Bereich Schule und Kliniken befragt. Diese Auswahl deckt ein relativ großes Spektrum der Protagonist\*innen vor Ort ab, die mit Eltern von Kindern mit Behinderung in Kontakt stehen.

Die Evaluation der Befragung soll Aufschluss über die Frage geben, ob ein Bedarf an Peer-Beratung gesehen wird und wenn ja, wie Beratung von Eltern für Eltern mit Kindern mit Behinderung ausgestaltet sein sollte. Zu dem Zweck wurden telefonisch halbstrukturierte Interviews durchgeführt, in denen sowohl quantitative Daten, als auch qualitative Daten erhoben wurden. Die LVR-Schulen und LVR-Kliniken wurden per Fragebogen miteinbezogen. Die quantitative Erhebung hatte zum Ziel, den konkreten Bedarf einer

Eltern-Peer-Beratung zu erheben. Die offenen Fragen im Interview dienten zur Konkretisierung der spezifischen Bedarfslage einer Eltern-Peer-Beratung.

## 2.1 Interviewdesign

### Umfrage in Form eines halbstrukturierten Interviews

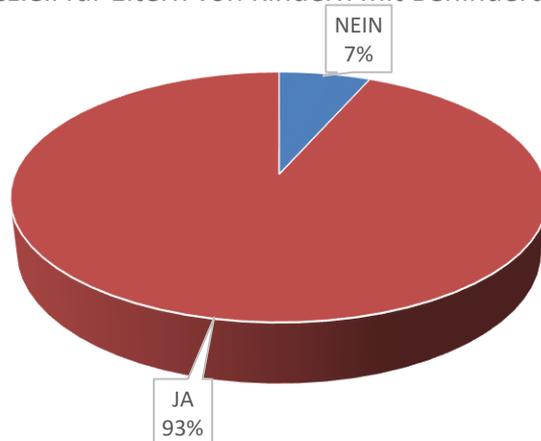
Erkenntnisinteresse: Gibt es einen Bedarf für ein Angebot der Peerberatung „Eltern beraten Eltern“

Selbsthilfe und Selbsthilfekontaktstelle	N=20
Ergänzende unabhängige Beratungsstellen (EuTB)	N=12
LVR-Schulen	N=7
Kindertagesstätten/ Kindergärten	N=21
Klinik	N=1

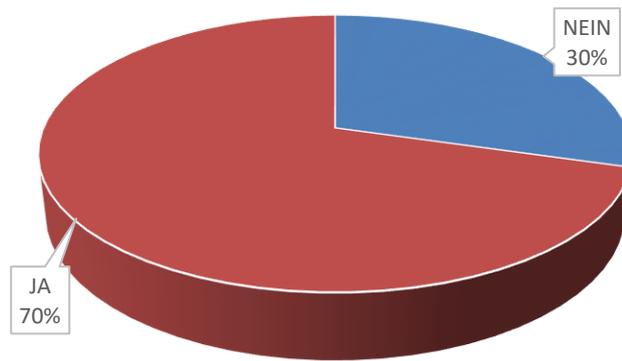
**Gesamt N=61**

### Auswertung der quantitativen Daten

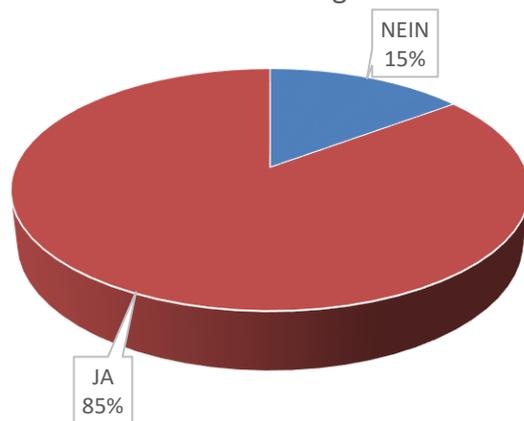
1. Gibt es Beratungsangebote/ Informationsangebote speziell für Eltern von Kindern mit Behinderung?



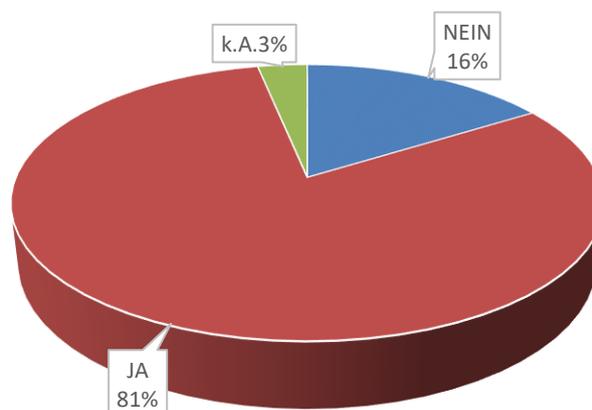
2. Gibt es Beratungsangebote/ Informationsangebote von Eltern für Eltern von Kindern mit Behinderung?



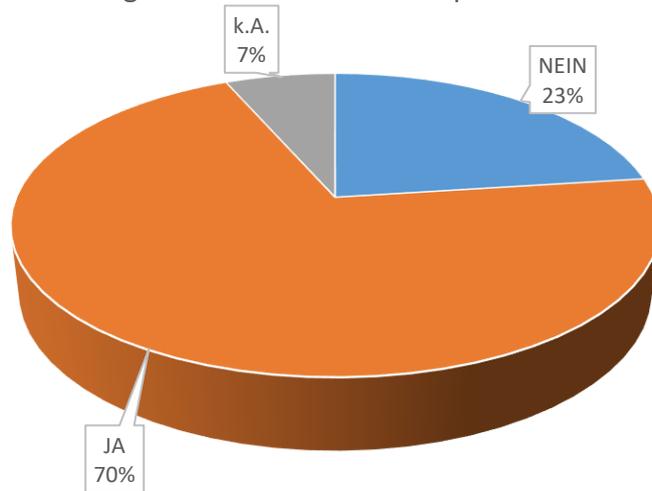
3. Sehen Sie einen Bedarf für spezielle Beratungsangebote von erfahrenen Eltern für andere Eltern von Kindern mit Behinderung?



4. Wäre die Initiierung einer Peerberatung "Eltern beraten Eltern vor Ort" sinnvoll?



5. Soll die Peerberatung "Eltern beraten Eltern" Ihrer Meinung nach inhaltliche Schwerpunkte haben?



## 2.2 Gesamtauswertung der Daten

Nach Auswertung der in den Interviews erhobenen Daten hat sich folgendes Bild ergeben: Die überwiegende Mehrheit (93 %) der Interviewteilnehmer\*innen gab an, dass es vielfältige Beratungs-/Informationsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderung in den Regionen gibt. Es gibt regional zahlreiche professionelle Beratungsangebote, die von verschiedenen Trägern vorgehalten werden, wie z.B. der örtlichen Träger, Verbände der Freien Wohlfahrt ebenso wie Beratungsangebote aus der Selbsthilfe.

### Die am häufigsten genannten Beratungsangebote (nach Nennungshäufigkeit sortiert)

1. Beratungsstellen/Angebote der freien Wohlfahrt
2. behinderungsspezifische Selbsthilfegruppen und Elterninitiativen (ADHS, Down-Syndrom, Autismus, Schwerbehinderung)
3. Frühförderstellen
4. Therapieangebote/Heilpädagogische Angebote
5. Sozialpädiatrische Zentren
6. Gesundheitsamt/Städtische Anlauf-, Beratungsstellen
7. EuTB (Peerberatung)
8. Autismuszentren
9. Jugendamt, Angebote der Jugendhilfe
10. Elterngruppen (z.B. bei Leistungsanbietern)

Nach Auswertung der Daten wurde deutlich, dass in städtischen Ballungsgebieten eine breitere Angebotspalette von Selbsthilfe- und Beratungsangeboten für Eltern von Kindern mit Behinderung existiert. In ländlichen Gebieten sind die Beratungsmöglichkeiten für Eltern von Kindern mit Behinderungen dagegen begrenzt.

Es wurde in den Interviews angegeben, dass in zahlreichen Regionen bereits Angebote hinsichtlich Beratung/Informationsweitergabe im Sinne einer Eltern-Peer-Beratung, d.h. Eltern beraten Eltern von Kindern mit Behinderung vorhanden seien (70 % der Interviewten haben dies bejaht). Es wurden jedoch nur einige wenige Angebote konkret benannt. Die Mehrheit der Interviewten (44 von 61) gab an, dass es in der Regel behinderungsspezifische Selbsthilfeangebote gebe, die auf Anfrage auch Eltern beraten. Teilweise böten diese Selbsthilfeorganisationen Sprechzeiten und die Möglichkeiten zum telefonischen Austausch an. Der Schwerpunkt der Arbeit der Selbsthilfeorganisationen liege nach Ansicht der Befragten aber nicht in der Beratung und Information von anderen betroffenen Eltern, sondern eher darin, gemeinsam Aktivitäten zu initiieren und durchzuführen, wie z.B. Freizeitangebote.

**Die am häufigsten benannten Beratungsangebote von Eltern für Eltern  
(nach Nennungshäufigkeit sortiert)**

1. behinderungsspezifische Selbsthilfegruppen und Elterninitiativen (ADHS, Down-Syndrom, Autismus, Prada-Willi-Syndrom) - Angebote nur für spezielle Behinderungsbilder und eher informeller Austausch, weniger Beratung
2. Beratungsstellen/Angebote der freien Wohlfahrt (Peerberatung wird miteinbezogen)
3. EUTB (mit Peerberatung)
4. Familienzentrum
5. Jugendamt, Angebote der Jugendhilfe (Austausch auch von Eltern)

85 % der Befragten sehen von daher einen Bedarf an Beratungsangeboten von erfahrenen Eltern für andere Eltern von Kindern mit Behinderung.

Dabei wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Beratungsangebote niedrigschwellig sein sollten und gerade für Eltern mit jüngeren Kindern auch ein Betreuungsangebot vorhalten sollten. So wurden Kindertagesstätten, Familienzentren und Frühförderzentren als geeignete Orte für die Eltern-Peer-Beratung angesehen.

**Die am häufigsten genannten Bedarfe für Beratungsangebote  
(nach Nennungshäufigkeit sortiert)**

1. Offene Angebote in Kindertagesstätten und Frühförderzentren (Frühstückstreffs, Elterncafé, Themenabende, Elternpatenschaften)
2. Stadtteilangebote in Familienzentren (Beratung, Begleitung)

3. offene/niedrigschwellige Angebote für Familien mit Betreuungsangebot für Kinder
4. Gesprächskreise/Themenabende organisiert durch die Stadt/das Jugendamt
5. Online-Treffen

Viele Interviewte gaben an, dass gerade „junge“ Eltern, d.h. Eltern, die erst vor Kurzem erfahren hätten, dass ihr Kind eine Behinderung bzw. gravierende Gesundheitsstörung habe, auf der Suche nach Lösungswegen und lebensnaher Beratung für das alltägliche Leben seien. Diese könnten von erfahrenen Eltern profitieren, die eine vergleichbare Lebenssituationen kennen und bereits Erfahrungen gesammelt haben.

Es wurde angegeben, dass es den Eltern von Kindern mit Behinderung zunächst häufig schwerfalle, mit den Anforderungen, die an sie gestellt würden, umzugehen. Sie fühlten sich überfordert, den Bedarf des Kindes zu formulieren und das richtige Leistungsangebot zu finden.

Viele „junge“ Eltern von Kindern mit Behinderung wünschen sich nach Angabe der Interviewten einen Austausch mit anderen Eltern zu folgenden Themen: Antragstellung und Kontakt mit Leistungsträgern wie z.B. LVR, Pflegekasse, Erfahrungen mit Hilfsmitteln, Fahrdiensten und Leistungsangeboten usw.

Die Frage, ob eine Eltern-Peer-Beratung vor Ort sinnvoll wäre, wurde von 80 % der Interviewten bejaht. Die Eltern-Peer-Beratung sollte fachlich gut begleitet werden und mit professionellen Beratungsangeboten kooperieren bzw. kombiniert werden.

Der Gewinn einer Eltern-Peer-Beratung wäre, dass die ratsuchenden Eltern eine Unterstützung und Beratung auf Augenhöhe erleben, die eine wichtige Ergänzung zur fachlichen Beratung sein könnte. Eltern-Peer-Beratung kann dazu beitragen, dass sich Eltern in ihrer Situation nicht allein gelassen fühlen. Die erfahrenen Eltern können als „Brücke“ zu verschiedenen Fragestellungen und Themen gesehen werden. Betroffene Eltern können sich besser öffnen und auch Themen wie Scham- und Schuldgefühle ansprechen. Die Eltern-Peer-Beratung wirkt persönlicher und kann einen „intimeren“ und geschützten Rahmen geben, um sich mitzuteilen. Gewinnbringend wäre darüber hinaus, dass sich die betroffenen Eltern früh vernetzen könnten.

Die Interviewten empfehlen für eine Eltern-Peer-Beratung gute Rahmenbedingungen und eine sorgfältige Vorbereitung. Wichtig sei es, die Eltern-Peer-Beratenden zu schulen, damit sie die eigenen Erfahrungen angemessen im Gespräch mit ratsuchenden Eltern einbringen und die ratsuchenden Eltern so Handlungsalternativen und Möglichkeiten kennenlernen könnten.

Die Mehrheit der Interviewten empfiehlt eine Eltern-Peer-Beratung in Kooperation mit professionellen und etablierten Beratungsangeboten aufzubauen, so dass sich die Beratung auf Augenhöhe und die professionelle Beratung und Information ergänzen können und die vorhandene Infrastruktur der bestehenden Beratungsstelle durch die Eltern-Peer-Beratung genutzt werden kann.

Wichtig sei darüber hinaus eine Vernetzung der regionalen Beratungsangebote, z.B. in einem Arbeitskreis, damit es auch möglich wäre, weitere spezialisierte Fachberatungen im Bedarfsfall einzubeziehen, z.B. Kinderschutzbund, Jugendhilfe, Suchtberatung.

70 % der Befragten gaben an, dass sie eine inhaltliche Schwerpunktsetzung für ein Angebot Eltern-Peer-Beratung präferieren würden.

Die Interviewten sprachen sich durchweg für ein offenes Beratungsangebot aus, das von Fachkräften begleitet werde. Neben Einzelberatungen sollte es die Möglichkeit zum Austausch in Elterngruppen geben, ergänzt werden sollte das Eltern-Peer-Beratungsangebot durch Vortragsveranstaltungen, die auf bestimmte Themenschwerpunkte eingehen. Die genannten Themen (s.u.) sind dabei sehr vielfältig.

**Die am häufigsten genannten Themen  
(nach Nennungshäufigkeit sortiert)**

1. Zukunftsperspektiven/Lebensphasen (Frühförderung, Übergang Kita- Schule, Übergang Schule- Beruf, Berufsfindung, Wohnen)
2. Akzeptanz und Umgang mit der Beeinträchtigung (Bewältigung des Alltags, Umgang mit eigenen Emotionen, Auswirkungen der Behinderung auf das System Familie)
3. Zugang zu medizinischer Versorgung, Hilfeleistungen/Fördermöglichkeiten
4. Die sozial-emotionale Entwicklung von Kindern mit Behinderung/Krankheitsbilder verstehen
5. Freizeitgestaltung für Kinder mit Behinderung
6. Erziehung und Alltagsfragen (Regeln und Grenzen)
7. Geschlechterspezifischer Umgang mit Behinderung
8. Hilfsangebote im Sozialraum
9. Elternassistenz und begleitete Elternschaft
10. Barrieren

### **3. Zusammenfassung und Fazit der Befragungen**

Eltern von behinderten Kindern haben vielfach ähnliche Erfahrungen gesammelt – sie bieten dadurch anderen ratsuchenden Eltern eine Identifikationsmöglichkeit und Orientierung. Die vergleichbaren Erfahrungen können eine emotionale Verbindung zwischen den ratsuchenden Eltern und den Peer-Beratungseltern entstehen lassen, die dazu beitragen kann, dass ggf. leichter gute und konstruktive Lösungen für das behinderte Kind und seine Familie gefunden werden. Eltern-Peer-Beratung kann von daher professionelle Beratungsangebote bereichern und Familien dabei unterstützen, Empowerment-Strategien und Bewältigungsansätze zu entwickeln.

Aktuell gibt es im Rheinland bereits vielfältige professionelle Beratungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderung. Diese werden durch Angebote von Selbsthilfeorganisationen

ergänzt. Dabei besteht für die Vernetzung von professioneller Beratung und Selbsthilfe in vielen Regionen noch ein Entwicklungsbedarf.

Einen besonderen, noch nicht gedeckten Bedarf sehen die Interviewten vor allem bei der Gruppe der „jungen“ Eltern von Kindern mit Behinderung, d.h. denjenigen, die gerade erst erfahren haben, dass ihr Kind eine Behinderung bzw. gravierende Gesundheitsstörung aufweist. Gerade für diese Zielgruppen wurde von den Interviewten der Aufbau einer Eltern-Peer-Beratung befürwortet. Diese sollte in Kooperation mit einem professionellen Beratungs- und Unterstützungsangebot entwickelt werden und andere bereits bestehende regionale Fachberatungen und Selbsthilfeinitiativen einbeziehen. Der LVR wird diesen Ansatz bei der Fortentwicklung der 106er-Beratung und der KoKoBe berücksichtigen.

In Vertretung

L E W A N D R O W S K I